

ken nicht standhielt. Der Fall musste neu aufgerollt werden, blieb aber in den Mühlen der Behörde hängen – mal waren Sachverständige krank, mal Ermittler überlastet.

Zweieinhalb Jahre brauchte die Staatsanwaltschaft für eine neue Anklage. Zwei Seiten reichten, das „wesentliche Ergebnis der Ermittlungen“ aufzuführen. Deren Inhalt war skurril: Bekir C. sollte sich wieder nur wegen des Schusses auf seine Frau verantworten. Sein Opfer sollte neben ihm auf der Anklagebank Platz nehmen. Denn Sultan C., so die Strafverfolger, sei schuld am Tod des Sozialarbeiters.

Es dauerte weitere dreieinhalb Jahre, bis sich Bremer Richter der Sache annahm. Im November 2008, sechseinhalb Jahre nach den Schüssen, trat das Schwurgericht I zusammen. Viele Strafverfolger konnten sich da kaum noch an den Fall erinnern, und ihre Ermittlungen erwiesen sich als oberflächlich. Erst das Gericht kam auf die Idee, ein Gutachten zur „Schussrichtungsbestimmung“ in Auftrag zu geben. Zudem rekonstruierte es im Gerichtssaal mit Stellwänden die Situation in dem winzigen Bad.

Das Ergebnis erschien der Kammer so eindeutig wie blamabel. Es sei, heißt es im Urteil, „insgesamt ausgeschlossen“, dass die 1,56 Meter große, korpulente Angeklagte neben ihrem Mann gestanden und den 1,80 Meter großen Abdulkadir

Akbaba nahezu waagrecht in den Kopf habe treffen können. Die Waffe verfüge zudem über eine spezielle Sicherung, die verhindere, dass sich ein Schuss unbeabsichtigt lösen könne.

Auch weitere Indizien sprächen gegen eine solche Auseinandersetzung. Es seien weder Kampfspuren gefunden worden, noch habe Akbaba entsprechende Verletzungen gehabt, etwa Würgemale. „Kaum vorstellbar“ sei aber, so die Richter, dass der kräftige Mann tatenlos abgewartet habe, bis er erschossen worden sei.

Dafür war das Gericht überzeugt, dass sich Sultan C. tatsächlich vor Bekir C. in der Küche verschanzt und er die Tür mit Gewalt geöffnet hat. Die Ermittler hatten zunächst versäumt, das beschädigte Türblatt genauer anzusehen.

Das stellte das Gericht vor ein grundsätzliches Problem. Wenn die Ehefrau unschuldig war, dann kam als Täter nur ihr Mann in Betracht. Bekir C. war in dem Verfahren aber nur angeklagt wegen des

Schusses auf seine Frau, nicht wegen des Schusses auf Akbaba.

Eine „vertrackte Situation für das Gericht“, findet deshalb der Strafrechtsprofessor Henning Radtke aus Hannover: „Fehler in Ermittlungsverfahren lassen sich erfahrungsgemäß in der Hauptverhandlung kaum korrigieren.“

Die Bremer Richter wählten deshalb einen vermeintlichen Kniff. Sie formulierten den Freispruch für Sultan C. und die Verurteilung von Bekir C. (fünf Jahre Freiheitsstrafe wegen versuchten Totschlags an seiner Frau) wie eine neue Anklage. Der Mann habe den ihm unbekannt, ahnungslosen Sozialarbeiter in „Tötungsabsicht“ in den Kopf geschossen.

Klaus-Dieter Schromek hat im Winter 2009 die Gerichtsverhandlung geleitet. „Ich bin von der Schuld des Ehemanns überzeugt“, sagt der Richter auch heute.



Tatort Bremen-Gröpelingen: Kaum verwertbare Aussagen

JORG OBERHEIDE

„Ich war mir sicher, dass die Staatsanwaltschaft auf unser Urteil reagieren muss.“

Doch die wartete ab. Denn der Verteidiger von Bekir C. hielt die Strafe von fünf Jahren für zu hoch und rief den Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe an.

Der BGH bestätigte das Bremer Strafmaß. Die Erwartung von Richter Schromek und den Angehörigen des getöteten Türken, wonach das oberste Gericht eine neue Anklage anraten würde, erfüllte sich jedoch nicht.

In einem „Obiter Dictum“ – was so viel heißt wie „nebenbei Gesagtes“ – gab es eine ziemlich klare Richtung vor: „Der Senat neigt dazu, hinsichtlich der Tötung des Akbaba Tatidentität und damit Strafklageverbrauch anzunehmen.“

Die Staatsanwaltschaft Bremen hat den Wink dankbar angenommen – und das Todesermittlungsverfahren gegen Bekir C. eingestellt. Schon im nächsten Jahr darf er mit seiner vorzeitigen Entlassung rechnen.

MICHAEL FRÖHLINGSDORF

ZEITGESCHICHTE

Historischer Ballast

Ein Geheimdokument belegt: Im Sommer 1990 sondierte ein sowjetischer General, ob Bonn Interesse an Ostpreußen habe. War das ernst gemeint oder eine Falle?

Es ist eine ungewöhnliche Geschichte in einer ungewöhnlichen Zeit, und sie beginnt mit einer Tickermeldung, die im Pressereferat der deutschen Botschaft in Moskau eingeht. In jenem Mai 1990, vor 20 Jahren, ist die Mauer bereits offen, und die vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs verhandeln mit der Bundesrepublik und der DDR über die deutsche Einheit. Hauptstreitpunkt ist die Nato-Mitgliedschaft eines geeinten Deutschlands; die Westmächte sind dafür, die Sowjets dagegen.

Doch nun besagt die Meldung, der SPIEGEL zitiert in seiner neuen Ausgabe den sowjetischen Generalmajor Geli Batenin, der erklärt habe, die „am meisten zu bevorzugende Variante“ sei eine Aufnahme von ganz Deutschland in das westliche Bündnis. Deutet sich damit eine Neuausrichtung in Moskau an?

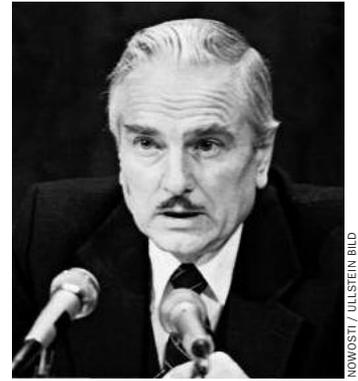
Joachim von Arnim, Leiter der politischen Abteilung in der Botschaft, will den ihm unbekanntem General sofort treffen. Der 45-jährige Jurist kennt sich aus im Sowjetsystem; er ist bereits das zweite Mal in Moskau stationiert und weiß, dass er Batenin nicht einfach kontaktieren kann. Er ruft im Zentralkomitee an – dem Machtzentrum des Kreml-Imperiums – und trägt seinen Wunsch vor.

Es dauert etwas, aber einige Wochen später steht der Termin, im neuen ZK-Gebäude unweit des Roten Platzes.

Arnim ist überrascht, wie athletisch der knapp 20 Jahre ältere General wirkt, der in Zivil erscheint. Natürlich geht es an diesem 2. Juli 1990 hauptsächlich um die ungeklärte Nato-Frage.

Aber am Ende wechselt Batenin das Thema. Unter dem Siegel der Verschwiegenheit spricht er seinen Besucher auf das nördliche Ostpreußen an, also jenen Teil der deutschen Provinz, den die Sowjetunion im Weltkrieg besetzt und der sich nach 1945 nie erholt hat. Wiesen sind versteppt, Dörfer heruntergekommen, der Pregel stinkt nach Kloake.

Batenin erzählt, er habe die Region besucht, und sie sei ein „in jeder Beziehung zurückgebliebenes Gebiet, nicht nur im Vergleich zum Vorkriegsstand, sondern auch im Vergleich zum Entwicklungsstand in Russland“. Offenkundig nur Ballast.



NOWOSTI / ULLSTEIN BILD



PIERRE ADENIS / SIPA

Ruine der Kreuzkirche in Kaliningrad 1991, General Batenin 1988: „Zurückgebliebenes Gebiet“

Es gebe eine „Frage des nördlichen Ostpreußens“, sagt Batenin und fährt fort: „Dieses Problem werde sich für die Sowjetunion und Deutschland über kurz oder lang stellen. Man sehe, wie sich die Lage im Baltikum entwickle.“

Die baltischen Sowjetrepubliken waren einst von Stalin annektiert worden und wollen sich inzwischen von Moskau lösen. Batenins Worte lassen nur eine Deutung zu. Er will Verhandlungen über das nördliche Ostpreußen anstoßen. So versteht ihn auch Arnim, der das Anliegen sofort abwehrt.

Seit der Ostpolitik Willy Brandts hat Bonn stets signalisiert, man erhebe keine Ansprüche auf die ehemaligen Ostgebiete. Das ist auch die Position bei den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen der beiden deutschen Staaten mit den Siegermächten. Die westdeutsche Haltung sei „eindeutig“, lässt Arnim den Gastgeber wissen, „bei der Vereinigung gehe es um die Bundesrepublik Deutschland, die DDR und das ganze Berlin. Wenn die Sowjetunion Probleme mit der Entwicklung des nördlichen Ostpreußens habe, so sei das ihre Sache“.

Warnend fügt der Diplomat hinzu, „es sei im beiderseitigen Interesse, alles zu vermeiden, was von sowjetischer konservativer Seite missbraucht werden könnte, um die Glaubwürdigkeit der deutschen Position in Zweifel zu ziehen“.

Am Abend berichtet die Botschaft nach Bonn. Wie ernst Arnim das Anliegen Batenins nimmt, lässt sich schon daraus ersehen, dass Fernschreiben Nummer 2585 zu den wenigen Dokumenten zählt, die als „geheim“ eingestuft werden.

Der SPIEGEL hat das Papier nun im Archiv des Auswärtigen Amtes entdeckt. Und es steht die Frage im Raum, ob Moskau wirklich erwog, über den nördlichen Teil Ostpreußens zu verhandeln – oder ob Gorbatschow-Gegner mit Hilfe Batenins Verhandlungen über Ostpreußen anbahnen wollten, um Gorbatschow dann vorwerfen zu können, er verrate russische Interessen.

Zu den Skeptikern zählt Frank Elbe, Vertrauter von Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Mitglied der Bonner Delegation bei den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen. Elbe versichert heute, Ostpreußen sei „niemals Gegenstand der Verhandlungen“ gewesen. Allerdings habe es aus dem ZK immer wieder Interventionen gegeben, „die der Profilierung einzelner Mitglieder dienen sollten oder als Störmanöver gedacht waren“. In diesem Kontext sieht Elbe die Batenin-Initiative.

Andererseits gehörte Batenin nicht zu den Dampfplauderern der diplomatischen Szene. Der Nuklearwaffenspezialist betrat in den achtziger Jahren die politische Bühne, war Sprecher des Verteidigungsministers, militärpolitischer Berater des ZK, Abrüstungsexperte Gorbatschows. Später arbeitete er für Boris Jelzin, dann verliert sich die Spur.

Schon vor dem Mauerfall erklärte Batenin öffentlich, er sei „kategorisch dagegen, dass das Militär zur Lösung interner Probleme eingesetzt wird“. Er kritisierte Abrüstungsgegner in den eigenen Reihen und signalisierte früh, dass er den Zerfall des Warschauer Paktes für unabwendbar halte. So spricht kein Hardliner.

Die Amerikaner verweigerten Batenin allerdings zeitweise die Einreise. In Wa-

shington galt er als Sowjetpropagandist. Diplomat Arnim gewann hingegen einen anderen Eindruck. Er schrieb nach Bonn, „Auftreten und Einlassungen sprechen dafür, dass Batenin für einen der sowjetischen Dienste arbeitet und dort einen relativ hohen Rang besitzt“.

Heute weiß man, dass der General intern eine radikale Abrüstung auch der eigenen Truppen befürwortete. Alles zusammen lässt den Eindruck entstehen, dass der Mann vor allem danach strebte, die Kosten der Moskauer Großmachtspolitik zu senken. Die Trennung von Ostpreußen war aus dieser Perspektive nicht völlig abwegig.

Zudem schien 1990 alles im Fluss. Journalisten berichteten aus Polen und Litauen von einem regen Interesse an der russischen Enklave, die offenbar mancher für nicht lebensfähig hielt. Denn war Litauen erst unabhängig, was sich bereits abzeichnete, existierte keine Landverbindung mehr zwischen Russland und dem Kaliningrader Gebiet.

Doch was immer Batenin mit seinem Vorstoß bezweckte – über die Grenzen des vereinten Deutschland hatten alle vier Weltkriegssieger zu befinden. Und Briten, Amerikaner und Franzosen hätten niemals einen sowjetisch-deutschen Deal über Ostpreußen akzeptiert, der Polen in eine Zangenlage gebracht hätte.

Ein solches Vorhaben wäre das Ende unserer Unterstützung durch die westlichen Alliierten gewesen, sagt Diplomat Arnim heute.

Damit wäre dann wohl auch die Einheit verspielt gewesen. Und die wollte niemand an Ostpreußen scheitern lassen.

KLAUS WIEGREFE